

KOMMENTAR

Gerechtigkeit neu definieren

MARGARETHA KOPEINIG über den
Generationenvertrag, den es nicht gibt



Europas jüngste Friedensbewegung besteht aus Alten. „Ja keinen Krieg der Generationen“, warnen die Präsidenten der Seniorenverbände. Wie vorprogrammiert erheben sie bei jeder Pensionsdebatte zuerst das Wort für ihre Klientel. Gerechtigkeit und Solidarität gelten nur für andere, nicht für sie selbst. Sie dürfen sich dann allerdings nicht wundern, wenn rotzige Jungpolitiker fordern: Kein Geld mehr für marode Oldies. Jeder ist sich selbst der Nächste, so haben wir es gelernt.

Faktum ist, dass immer mehr ältere Personen immer weniger jungen Menschen gegenüberstehen. Nicht nur in Österreich, sondern in der ganzen EU. Bis zum Jahr 2050 wird nach gängigen Szenarien die Bevölkerung in großen EU-Staaten schrumpfen, in Österreich gleich bleiben (2003: 8,1 Mio. Menschen). Ein Erwerbstätiger wird künftig einen Pensionisten mitfinanzieren müssen.

Die Generation X muckt auf, sie fühlt sich als Opfer. Der ungeschriebene Konsens der Gesellschaft, sich gegenseitig vor den großen Risiken des Lebens zu schützen, im Alter, bei Krankheit und bei Arbeitslosigkeit, taugt nichts mehr. Die Absicherung kann nicht funktionieren, wenn das Verhältnis zwischen Erwerbstätigen und Pensionisten kippt.

Das Kapital ist verprasst – von der so genannten Aufbau-Generation. Die Kassen sind leer, geplündert von jenen, die heute noch meinen, dass ihnen alles zusteht. Zu Recht verlangen die Jungen das Geld zurück, für ihre Ausbildung, für eine Lehrstelle oder einen Arbeitsplatz. Und sie wissen die Experten auf ihrer Seite. Für mehr Gerechtigkeit ist um eine Besteuerung der derzeitigen Pensionen „nicht herumzukommen“, verlangt der Sozialforscher Bernd Marin. Am stärksten betroffen wären vor allem Politiker und Beamte, die „Selbstbediener an öffentlichen Kassen“.

Den Makel sollten sie so rasch wie möglich los werden. Wie? Ganz einfach, sie beginnen bei sich selbst. Die jüngere Generation wartet auf die Harmonisierung der Pensionssysteme, auf soziale Einrichtungen und eine Politik, die berufstätigen Frauen Kinder und Familie ermöglicht.

Wenn diese alten Versprechen eingelöst sind, ist die junge Generation für ihr Alter selbst zuständig. Gegenseitige Attacken helfen niemandem weiter.

► eMAIL: margaretha.kopeinig@kurier.at